



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 21. Sitzung des Stadtrates (SR/021/2021)

am Donnerstag, 28. Januar 2021,

16:00 Uhr

**MESSE Dresden, Halle 3
Messering 6, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Dirk Hilbert

Beigeordnete

Jan Donhauser

Eva Jähnigen

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

Annekatriin Klepsch

Stephan Kühn

Dr. Peter Lames

Detlef Sittel

Fraktion Freie Wähler Dresden

Susanne Dagen

Jens Genschmar

Frank Hannig

Torsten Nitzsche

CDU-Fraktion

Heike Ahnert

Veit Böhm

Dr. Hans-Joachim Brauns

Matthias Dietze

Ingo Flemming

Mirko Göhler

Manuela Graul

Steffen Kaden

Peter Krüger

Petra Nikolov

Mario Schmidt

Anke Wagner

Daniela Walter

Silvana Wendt

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel

Pia Barkow

Christopher Colditz

Katharina Hanser

Magnus Hecht

Anne Holowenko

Tilo Kießling

Leo Lentz
Jens Matthis
André Schollbach
Tilo Wirtz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kati Bischoffberger
Ulrike Caspary
Dr. Wolfgang Deppe
Christiane Filius-Jehne
Susanne Krause
Johannes Lichdi
Thomas Löser
Andrea Mühle
Dr. Anja Osiander
Agnes Scharnetzky
Tanja Schewe
Robert Schlick
Michael Schmelich
Torsten Schulze
Tina Siebeneicher

SPD-Fraktion

Vincent Drews
Stefan Engel
Dana Frohwieser
Richard Kaniewski
Kristin Sturm
Dr. Viola Vogel

FDP-Fraktion

Christoph Blödner
Franz-Josef Fischer
Holger Hase
Robert Malorny
Holger Zastrow

Fraktion Alternative für Deutschland

Wolf Hagen Braun
Falk Breuer
Harald Gilke
Dipl.-Ing. Thomas Ladzinski
Bernd Lommel
Monika Marschner
Heiko Müller
Christian Pinkert
Matthias Rentzsch
Dr. Silke Schöps

Uwe Vetterlein
Alexander Wiedemann

fraktionslose Stadträte
Maximilian Aschenbach
Dr. Martin Schulte-Wissermann

Abwesend:

Fraktion DIE LINKE.
Dr. Margot Gaitzsch

Schriftführer/-in:

Fr. Gertig
Fr. Vetter
Fr. Ulbrich

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- | | | |
|------------|---|----------------------------------|
| 1 | Bericht des Oberbürgermeisters | |
| 2 | Fragestunde der Mitglieder des Stadtrates (1 Runde) | |
| 2.1 | Hilfsmaßnahmen für die Dresdner Wirtschaft | mAF0078/21 |
| 2.2 | Kündigung von Proberäumen in Klotzsche | mAF0074/21 |
| 2.3 | FFP2-Masken für einkommensschwache Menschen | mAF0075/21 |
| 2.4 | Erinnerungsorte zur NS-Verfolgungsgeschichte in Dresden | mAF0076/21 |
| 2.5 | Hygienekonzept der Messe zum AfD Parteitag am 06./07.02. | mAF0077/21 |
| 2.6 | Nachverfolgungsmaßnahmen | mAF0080/21 |
| 2.7 | Umgang mit Antrag Herr Aschenbach | mAF0081/21 |
| 3 | Aktuelle Stunde zum Thema „Corona und Demokratie – Auswirkungen der Pandemie auf die Stadtgesellschaft“ | A0162/20
beschließend |
| 4 | Besetzung des Aufsichtsrates der Verkehrsgesellschaft Meißen GmbH | V0735/20
beschließend |
| 5 | Um- und Ausbau des Heinz-Steyer-Stadions in der Basisvariante im Ergebnis des Wettbewerblichen Dialogs gem. § 3 a EU Abs. 4 VOB/A; Vergabe-Nr.: 2019-52PI-00038 | V0697/20
beschließend |
| 6 | Anhörung zur Erteilung des Einvernehmens zum Entwurf des Teilschulnetzplanes für berufsbildende Schulen im Freistaat Sachsen | V0614/20
beschließend |
| 7 | Kommunale Kulturförderung – Projektförderung 2021 | V0649/20
beschließend |
| 8 | Kommunale Kulturförderung - institutionelle Förderung 2021 | V0562/20
beschließend |
| 9 | Sachsenbad: Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Keine Beschlussfassung ohne Empfehlung des Bürgerforums. | A0160/20
beschließend |
| 10 | Einrichtung eines zeitweiligen Corona-Ausschuss | A0165/20
beschließend |

öffentlich

Herr Oberbürgermeister Hilbert eröffnet die 21. Sitzung des Stadtrates. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgemäße Ladung fest.

In Abstimmung mit dem Ältestenrat liege eine verkürzte Tagesordnung vor. Der TOP 9 wird auf Wunsch des Einreichers von der Tagesordnung genommen. Die Tagesordnungspunkte 7 + 8 werden gemeinsam behandelt.

Herr Oberbürgermeister Hilbert weist darauf hin, dass in der gesamten Messe eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen ist. Dies gilt auch für die Sitzungsunterbrechungen, Zwischenberatungen und Auszeiten. Lediglich zu Redebeiträgen darf die Mund-Nasen-Bedeckung abgenommen werden.

Es liegen drei Eilanträge vor. Zum ersten ein Eilantrag der Fraktion Freie Wähler zum Verwaltungszentrum Ferdinandplatz – Entscheidung über Vergabe im Stadtrat. Die Gründe für eine Behandlung ohne Form und Frist seien weder genannt, noch ersichtlich. Des Weiteren sei der Stadtrat nicht mehr zuständig.

Herr Bürgermeister Dr. Lames führt aus, dass in der Begründung zur ursprünglichen Vorlage noch von einem Stadtratsbeschluss zur Vergabe an den ausgewählten Bieter bis Oktober 2020 gesprochen werde. Damals sei der Stadtrat auch von dem damals zugrundeliegenden Modell der Errichtung des Verwaltungszentrums durch die Landeshauptstadt Dresden ausgegangen. Der Stadtrat habe am 17. Dezember 2020 die Übertragung des Baugrundstückes auf die juristisch selbstständige Kommunale Immobilien Dresden GmbH & Co. KG und den Austausch der Auftraggeber Stellung beschlossen. Diese Entscheidung habe der Stadtrat in voller Kenntnis über die damit entfallene Zuständigkeit für die eigene Entscheidung über die Vergabe getroffen.

Herr Oberbürgermeister Hilbert geht auf den zweiten Eilantrag der CDU-Fraktion zum Parkplatz neben dem Blauen Wunder ein. Auch hier sei keine Eilbedürftigkeit gegeben. Er sichere dem Stadtrat zu, dass bis zu einem Gespräch mit der Landesdirektion keine Maßnahmen zur Abpollerung ergriffen werden. Als dritter Eilantrag liege ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Genehmigung von Hygienekonzepten durch das Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Dresden für Veranstaltungen der Messe Dresden GmbH vor. Als Grund für die Eilbedürftigkeit sei der geplante Parteitag der AfD-Fraktion Anfang Februar 2021 genannt, welcher in der Messe Dresden durchgeführt werden soll. Für diese Veranstaltung sei bereits ein vom Gesundheitsamt genehmigtes Hygienekonzept vertragsgegenständlich vereinbart. Weitere Ausführungen hierzu wird Frau Bürgermeisterin Klepsch in der Fragestunde vornehmen. Verstöße gegen das Konzept können vom Ordnungsamt geahndet werden. Daher liegt kein Grund für eine form- und fristlose Behandlung des Antrags vor.

Herr Stadtrat Nitzsche geht auf die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Dr. Lames zum Eilantrag der Fraktion Freie Wähler ein. Dieser habe aus der Begründung und nicht aus dem Beschluss zitiert. Beschlussgegenstand sei jedoch der Beschlusstext und nicht die Begründung der Vorlage.

Herr Oberbürgermeister Hilbert erklärt, dass es richtig sei, dass der Beschlusstext beschlossen werde. Die Begründung diene dazu, die Vorlage besser zu verstehen.

Herr Stadtrat Schmelich bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister Hilbert, warum für den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen keine Eilbedürftigkeit gegeben sei. Sowohl im Ältestenrat als auch im Ausschuss für Gesundheit (Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dresden) sei mitgeteilt worden, dass man auf die Veranstaltung und das Hygienekonzept keinen Einfluss habe.

Herr Oberbürgermeister Hilbert informiert, dass man dem Punkt nachgegangen sei, so dass der Informationsstand aus dem Ältestenrat bis zur heutigen Stadtratssitzung ein anderer sei. Hierzu verweist er auf die Antwort zur mAF0077/21, die Frau Bürgermeisterin Klepsch zum TOP 2 geben werde.

Herr Stadtrat Hannig bittet in Anbetracht der Corona-Situation, auf das Essen und Trinken im Saal während der Stadtratssitzung zu verzichten.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Tagesordnung mit 61 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

1 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Hilbert erklärt, dass mit der Einführung der Tagesbriefe gewährleistet werde, dass die wichtigsten kommunalen Belange bei der Pandemiebekämpfung unmittelbar an den Stadtrat gegeben werden. Die sinkenden Fallzahlen in Dresden und Sachsen zeigen deutlich, dass der Lockdown endlich seine Wirkung zeige. Im Zusammenhang dessen geht er auf die Situationen in den Krematorien und den Krankenhäusern ein. Er bedankt sich sehr bei den Beschäftigten im Friedhofs- und Bestattungswesen. Mit dem heutigen Tag habe der Freistaat Sachsen eine neue Corona-Schutzverordnung in Kraft gesetzt. Die wesentlichen Änderungen habe man den Medien entnehmen können. Dies betreffe insbesondere das Tragen der medizinischen Masken. Der Freistaat habe die Landeshauptstadt Dresden mit der Corona-Verordnung aufgefordert, das Thema Alkoholverbot für die Bürger*innen zu regeln. Dies wurde nun mit einer neuen Allgemeinverfügung geregelt, welche am 28. Januar 2021 bekannt gemacht worden sei. Die Kommunen können keinen Einfluss auf die 15 km-Regelung nehmen. Auch bei der Frage, die bestehenden Ausgangsbeschränkungen aufzuheben, seien die kreisfreien Städte und Landkreise von Inzidenzwertentwicklung des gesamten Freistaates abhängig. Er informiert über weitere Regelungen im Zusammenhang der Corona-Verordnungen.

- | | | |
|------------|--|----------------------------------|
| 2 | Fragestunde der Mitglieder des Stadtrates (1 Runde) | |
| 2.1 | Hilfsmaßnahmen für die Dresdner Wirtschaft
Vetterlein, Uwe | mAF0078/21 |
| 2.2 | Kündigung von Proberäumen in Klotzsche
Apel, Anja | mAF0074/21 |
| 2.3 | FFP2-Masken für einkommensschwache Menschen
Drews, Vincent | mAF0075/21 |
| 2.4 | Erinnerungsorte zur NS-Verfolgungsgeschichte in Dresden
Hase, Holger | mAF0076/21 |
| 2.5 | Personalsituation bei der Berufsfeuerwehr Dresden
Hannig, Frank | mAF0079/21 |
| 2.6 | Hygienekonzept der Messe zum AfD Parteitag am 06./07.02.
Mühle, Andrea | mAF0077/21 |
| 2.7 | Nachverfolgungsmaßnahmen
Kaden, Steffen | mAF0080/21 |
| 2.8 | Umgang mit Antrag Herr Aschenbach
Aschenbach, Maximilian | mAF0081/21 |
| 3 | Aktuelle Stunde zum Thema „Corona und Demokratie – Auswirkungen der Pandemie auf die Stadtgesellschaft“ | A0162/20
beschließend |

Herr Stadtrat Pinkert erklärt, dass es im Zuge der Corona-Krise zu Fehlleistungen gekommen sei, welche scheinbar das Ziel, die Spaltung der Gesellschaft und die Schädigung der freien Wirtschaft verfolgen. Das, von den Bürger*innen gewählte Gremium, der Stadtrat, sollte auf Redebeiträge verzichten oder diesen auf maximal zwei Minuten Redezeit beschränken. Er informiert, dass Herr Oberbürgermeister Hilbert die Einschränkungen der ersten Corona-Schutzverordnung eigenmächtig zwei Tage nach vorn verlegt habe. Hierzu bezieht er sich auf das Tragen der Mund-Nasen-Bedeckung und die Sanktionen bei Nichteinhaltung der Festlegungen. Die von den Bürger*innen gewählten Gremien werden bis in die kleinste Einheit beschnitten trotz der Einhaltung von Hygienekonzepten. Zum Beispiel werden Stadtbezirksbeiräte abgesagt, die Tagesordnungen werden willkürlich gekürzt und freie Förderungen werden untersagt. Lediglich bei Vorlagen der Stadtverwaltung werden Ausnahmen getroffen. Der Umgang mit dem Grundrecht zu Versammlungen sei stark verbesserungswürdig. Dabei müsse festgehalten werden, dass fast alle politischen Strömungen unter der Willkür leiden würden. Oft seien beantragte Versammlungen trotz eines Hygienekonzeptes negativ beschieden worden und erst nach Einreichung eines Einspruches von der Versammlungsbehörde zugelassen.

Herr Stadtrat Schollbach erklärt, dass die gesamte Gesellschaft an der schwierigen Situation leiden müsse. Sei es Trauer, Einsamkeit, die Angst aus finanzieller und wirtschaftlicher Sicht. Auch für Familien stelle die Situation eine große Belastung dar. Die Regierung habe in den vergangenen Monaten weitreichende Entscheidungen getroffen, um das Corona-Virus einzudämmen und die Gesundheit der Menschen zu schützen. In der Demokratie habe jeder Mensch das Recht, die Regierung öffentlich zu kritisieren, deren Handeln zu hinterfragen und vermeintliche oder tatsächliche Fehlleistungen anzuprangern. Jeder Demokrat der demonstriert, der kritisiert und seine Meinung zum Ausdruck bringe, trage dabei eine Verantwortung für sein Handeln. Bundesweit seien jahrelang Krankenhäuser und Pflegeheime auf die Erzielung möglichst hoher Gewinne getrimmt. Die Fraktion DIE LINKE. vertrete den Standpunkt, dass auch und gerade im Gesundheitswesen der Mensch im Mittelpunkt stehen müsse. In den vergangenen Tagen sei verstärkt über Freiheit und deren Einschränkung diskutiert worden. Was sei es jedoch eine Form von Freiheit, die keinerlei Rücksicht auf Menschen nimmt - auf Kranke, auf Alte, auf Schwache.

Herr Stadtrat Kaniewski schließt sich den Aussagen von Herrn Stadtrat Schollbach an. Es sei ein Abwegungsprozess, wie viel die individuelle Freiheit zum Wohle aller eingeschränkt werden kann, damit die Pandemie so schnell wie möglich wieder vorbei ist. Die derzeitigen Einschränkungen haben nichts mit diktatorischen Tendenzen zu tun. Er halte die Aussage von Herrn Stadtrat Pinkert, dass sich Herr Oberbürgermeister Hilbert in den vergangenen Wochen und Monaten in gewissen Punkten nicht auf Grundlage von Gesetzen gehandelt habe, mehr als dreist. Mit solchen Aussagen spalte man die Gesellschaft der Stadt.

Herr Stadtrat Malorny meint, dass die letzten Monate leider große Schwächen von der Gemeinde bis hin zum Bund in der Struktur gezeigt haben. Besonders auf Bundes- und Landesebene könne man punktuell von Versagen und Lernresistenz sprechen. Den Begriff „Spaltung in der Gesellschaft“ halte er für fehlplatziert. Er sehe eher die Gefahr einer Zwangskollektivierung, und zwar in der leichtfertigen Beschränkung individueller Freiheiten ohne Abwägung und Diskussionen in den Parlamenten. Hierzu geht er auf Einschränkungen ein, die ihm keiner erklären könne. Für den Stadtrat sollte es ein gesellschaftliches Ziel sein, mit mehr Möglichkeiten und mehr Freiheiten aus der Krise herauszukommen.

Herr Stadtrat Genschmar geht auf die verschiedenen getroffenen Regelungen und dem permanenten Wirrwarr an Verordnungen ein. Die Aktivitäten der Politik und die Darstellung in den Medien haben einen Keil in die Gesellschaft getrieben. Es gibt Wähler*innen der verschiedenen Fraktionen, die den Maßnahmen um Corona kritisch gegenüberstehen. Die Ängste dürfen nicht geschürt oder verstärkt werden, sondern man müsse den Bürger*innen Zuversicht geben. Dies sei Herrn Oberbürgermeister Hilbert in seinen Augen nicht gelungen, da er die Regelungen der Landesregierung immer wieder verschärft habe oder sei diesen vorausgeeilt. Die Fraktion Freie Wähler habe erwartet, dass Herr Oberbürgermeister Hilbert sich für die Wahrung der Freiheitsrechte einsetze, statt für die Verschärfung und Einschränkungen der Rechte. Herr Oberbürgermeister Hilbert soll sich dafür einsetzen, dass Waren bei Einzelhändlern abgeholt werden können/dürfen und einen Plan für ein alltagstaugliches Leben mit dem Corona-Virus entwickelt werde.

Frau Stadträtin Scharnetzky geht auf die Bürger*innen ein, die unmittelbar von der Corona-Pandemie betroffen seien und dessen Alltag davon geprägt sei. Der Stadtrat habe die Augen vor virologischen Erkenntnissen verschlossen. Die Anlässe für den zweiten Lockdown seien prognostiziert und auch durch politische Entscheidungen provoziert. Sie appelliert an den Dresdner Stadtrat und an Herrn Oberbürgermeister Hilbert angesichts der mutierten Viren, den Fehler wie nach dem ersten Lockdown nicht noch einmal zu wiederholen. Im Oktober/November, als es um die Zuschüsse für den Striezelmarkt und die Weihnachtsmärkte ging, hätte man öffentlich eingestehen müssen, dass das Stattfinden nicht verantwortungsvoll umzusetzen sei. Der Infektionsschutz sei ein hohes Gut. Wie dies demokratisch umzusetzen sei, sei eine spannende Frage. Der Staat habe eine verfassungsrechtlich begründete Schutzpflicht für die Gesundheit aller Bürger*innen. Diese rechtfertigte verhältnismäßige Eingriffe in die Grundrechte. Die Grundrechtseingriffe seien so wesentlich, dass die in durch direkte Wahl legitimierte Parlamenten und eben nicht im Alleingang durch Exekutivorgane verfügt werden sollen. Es sei auch die Aufgabe der Parlamentarier*innen immer wieder kritisch und grundrechtsensibel zu prüfen, welche Einschränkungen notwendig und demokratisch vertretbar seien. Dies sei im letzten Jahr nur zögerlich erfolgt. Das Infektionsschutzgesetz, beschlossen durch den Bundestag, sei ein Schritt in die richtige Richtung. Diese Entwicklung müsse auf allen Ebenen konsequent verfolgt werden. Gleichzeitig seien die Maßnahmen, die die Grundrechte einschränken, nur die Grundlagen für die unmittelbare Bekämpfung und Eindämmung der Pandemie. Die Bewältigung der Krise, die sich aus der Pandemiebekämpfung ergebe, müsse ebenfalls diskutiert und betrachtet werden.

Frau Stadträtin Walter bemerkt, dass die Grundrechte der Bürger*innen in den letzten Monaten so intensiv eingeschränkt worden seien, wie nach sonst keinem Ereignis. Die amtlich verordnete Aussetzung von Bürgerrechten sei der Preis für die Rettung von Menschenleben. Es gebe eine große Bereitschaft der Bürger*innen durch die Einhaltung der Maßnahmen, Solidarität mit den Risikogruppen zu zeigen und die Ausbreitung der Pandemie einzudämmen. Es gebe Sorgen um die Gesundheit, um die Familien, um die Jobs, um die Freiheit und um die Zukunft. Es müsse alles dafür getan werden, um die Dresdner*innen mit den Sorgen nicht alleine zu lassen. Die Maßnahmen müssen verhältnismäßig sein und müssen weiterhin die Akzeptanz und den Rückhalt in der Bevölkerung finden. Auch müssen zugesagte Unterstützungen und Leistungen verbindlich und zeitnah erfolgen. Es gelte schon jetzt, die Rückkehr in ein normales, wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben zu organisieren, zu planen und schnellstmöglich einzuleiten. Dabei müssen die Erfahrungen der vergangenen Monate Beachtung finden. Insbesondere die Themen Breitbandausbau, Digitalisierung und Telearbeit in der Verwaltung werden stärkere Beachtung finden müssen. Im sozialen Bereich gelte es, die aktuellen Pläne für die Themen Gesundheit und Pflege anzupassen und zu überarbeiten. Die Einsatzkräfte im Rettungsdienst und bei der Feuerwehr müssen durch Investitionen, Ausbildungen und anderer notwendiger Leistungen unterstützt werden.

Herr Stadtrat Hannig verweist auf die Richtlinien des Bundesgesundheitsministeriums, in denen geregelt sei, dass nach 75-Minuten Tragedauer eine Erholungsdauer von 30 Minuten gemacht werden soll. Auf Grund dessen beantragt er eine Pause von 30 Minuten.

Herr Stadtrat Wirtz erklärt, dass die Regelungen der Berufsgenossenschaft für den Bau, für körperlich schwere Arbeit gemacht seien. Jeder kann den Sitzungssaal für eine Atempause verlassen. Somit halte er eine Pause für nicht notwendig.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt eine 30-minütige Pause mehrheitlich ab.

Herr Stadtrat Hannig bemerkt, dass er sich wegen des Verstoßes gegen die angeordneten Regelungen nicht in der Lage sehe, an der Sitzung teilzunehmen. Er halte es für einen Rechtsverstoß, den er rechtlich überprüfen werde. Hierzu kündigt er an die Sitzung zu verlassen.

4	Besetzung des Aufsichtsrates der Verkehrsgesellschaft Meißen GmbH	V0735/20 beschließend
----------	--	----------------------------------

Der Stadtrat einigt sich mit 64 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Beschluss:

- 1) Herr Raoul Schmidt-Lamontain wird als Mitglied des Aufsichtsrates der Verkehrsgesellschaft Meißen GmbH abberufen.
- 2) Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden einigt sich auf folgendes Mitglied für den Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Meißen GmbH:

Herrn Stephan Kühn, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

- 3) Der Oberbürgermeister wird beauftragt und ermächtigt, die gesellschaftsrechtliche Umsetzung zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

5	Um- und Ausbau des Heinz-Steyer-Stadions in der Basisvariante im Ergebnis des Wettbewerblichen Dialogs gem. § 3 a EU Abs. 4 VOB/A; Vergabe-Nr.: 2019-52PI-00038	V0697/20 beschließend
----------	--	----------------------------------

Frau Stadträtin Wagner erklärt, dass Dresden eine Sportstadt sei. Sie macht anhand von Zitaten das ehrenamtliche Engagement sichtbar. Man begeben sich heute, mit der Entscheidung über die Bauvergabe, auf die Zielgerade. Während des Baus müsse man wahrscheinlich die ein oder andere Hürde nehmen, jedoch müsse es hohe Priorität haben den Zeitplan und die Kosten einzuhalten.

Herr Stadtrat Ladzinski stimmt der Aussage zu, dass es sich um ein sehr wichtiges Projekt handle. Er teilt mit, dass die AfD-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Herr Stadtrat Kießling erklärt, dass dieser Beschluss den Mut des Stadtrates zeige, auch unter schwierigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen Projekte auf den Weg zu bringen. Er wünscht sich, dass Achtung vor einer großen Bevölkerungsgruppe und Mut in schwierigen finanzpolitischen Zeiten auch an anderen Stellen gelten, zum Beispiel beim Sachsenbad.

Frau Stadträtin Sturm bezeichnet diesen Beschluss als eine Sternstunde für den Dresdner Sport. Sie stimmt den Aussagen von Frau Stadträtin Wagner zu und geht auf einige Punkte ein. Die Auffassung zum mangelnden Konzept zur Betreuung, welche in einem Zeitungsartikel angesprochen wurde, könne sie nicht teilen. Sie wünsche sich für die Zukunft, dass man an einem Strang ziehe.

Herr Stadtrat Zastrow teilt mit, dass die FDP-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Herr Stadtrat Genschmar hält das neue Stadion für ein gutes Projekt und teilt mit, dass die Fraktion Freie Wähler der Vorlage ebenfalls zustimmen werde.

Herr Stadtrat Schulze erklärt, dass man mit dem ausgewählten Entwurf eine Beschleunigung des Verfahrens und eine Kostensicherung habe. Er geht auf die Aussagen von Frau Stadträtin Sturm bezüglich der Aussagen zum Betreiberkonzept ein.

Herr Stadtrat Dr. Schulte-Wissermann erklärt, dass die Beschlussfassung heute notwendig sei. Er geht auf den Punkt der Nutzbarkeit des Daches als Solaranlage ein. Weiterhin geht er auf die Erschließung rund um das Heinz-Steyer-Stadion ein.

Herr Bürgermeister Dr. Lames stellt richtig, dass von Anfang an die Nutzbarkeit des Daches für eine Solaranlage vorgesehen war.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten) mit 69 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Abschluss des Generalübernehmervertrages für die Planung und den Um- und Ausbau des Heinz-Steyer-Stadions in seiner Basisvariante auf der Grundlage der Juryentscheidung vom 17. November 2020 mit der ARGE BAM Sports GmbH/BAM Deutschland AG, Heerdter Lohweg 35 in 40549 Düsseldorf mit einer Auftragssumme von 34.136.183,73 Euro.
2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, Optionsleistungen an Dritte gemäß Anlage 4 der Vorlage zu beauftragen, wenn diese finanziell sichergestellt sind. Dem Ausschuss für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten) ist vor Beauftragung zu berichten.

3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, mit der DREWAG-Stadtwerke Dresden GmbH ein Energie-Contracting abzuschließen. Über den Umfang ist dem Ausschuss für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten) vor Vertragsschluss zu berichten.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Ausschuss für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten) regelmäßig zum Projektstand Bericht zu erstatten.
5. Bei den weiteren Planungen ist die Installation einer flächendeckenden Photovoltaikanlage auf den Dachflächen vorzusehen. Weitere Begrünungsmaßnahmen sind zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung

Ja 69 Nein 0 Enthaltung 0

6	Anhörung zur Erteilung des Einvernehmens zum Entwurf des Teilschulnetzplanes für berufsbildende Schulen im Freistaat Sachsen	V0614/20 beschließend
----------	---	----------------------------------

Frau Stadträtin Apel erklärt, nach dem § 23 a, Abs. 7 des sächsischen Schulgesetzes liegt die Planung der 62 Berufsschulen Sachsens in der Planungshoheit des Freistaates Sachsen. Verantwortlich hierfür sei das sächsische Staatsministerium für Kultus. Allerdings sei eine umfangreiche Beteiligung festgelegt. So ist z. B. das Einvernehmen mit den Landkreisen und den kreisfreien Städten herzustellen. Der Beteiligungsprozess innerhalb der Berufsschulen sei auf sehr unterschiedlichen Niveau geführt worden, zum Teil gar nicht. Für die Fraktion DIE LINKE. sei es wichtig, dass das im Schulgesetz festgelegte Wohnortprinzip so gut wie möglich umgesetzt werde. Des Weiteren sollen alle Berufsrichtungen an staatlichen Schulen ausgebildet werden und nicht an gewinnorientierten Bildungsunternehmen auf einem Bildungsmarkt abgeschoben werden. Die Schulen und Ausbildungsbetriebe müssen in dem Prozess ebenfalls mit einbezogen werden. Am schwierigsten war die Einigung für das Berufsschulzentrum Elektrotechnik, das Berufsschulzentrum Dienstleistung, Gestaltung und Soziales, das Berufsschulzentrum für Gesundheit- und Sozialwesen Lingner und das Berufsschulzentrum für Agrarwirtschaft und Ernährung. Sie geht hierzu auf die Probleme, Diskussionen und Lösungswege ein. Die Fraktion DIE LINKE. werde der Vorlage zustimmen.

Frau Stadträtin Frohwieser halte es für wichtig und auch richtig, dass die Entscheidung getroffen worden sei, das Thema Berufsschulnetzplanung auf Landesebene zu behandeln. Der Weg, der hier gegangen wurde, sei Musterhaft und sie hoffe, dass dieser auf Stadt- und auf Landesebene weitergegangen werde. Die Vorlage sei ein guter Kompromiss, der durch das Dialogverfahren breit getroffen werden könne und auf das Verständnis derjenigen treffe, die in dem Dialogverfahren angehört worden seien, deren Forderungen aber nicht umgesetzt werden konnten.

Herr Stadtrat Nitzsche weist auf die Wichtigkeit von Berufsschulen hin. Im Hinblick auf die Investitionen müsse man sich fragen, ob man die Berufsschulen genug beachte oder das Augenmerk zu stark auf Grund-, Oberschulen und Gymnasien lege. Die Fraktion Freie Wähler werde der Vorlage mit den Änderungen des Ausschusses für Bildung (Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen) zustimmen.

Frau Stadträtin Scharnetzky begrüßt ebenfalls den im Ausschuss für Bildung (Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen) gefassten guten Kompromiss, welchem die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mittragen werde.

Herr Stadtrat Dietze schließt sich den lobenden Worten für den guten Kompromiss an. Hierzu geht er insbesondere auf das Berufsschulzentrum für Elektrotechnik, das Berufsschulzentrum „FranzLudwig Gehe“ und das Berufsschulzentrum Altrößthal ein. Hierbei sei es gelungen, die Ausbildungsberufe Tierwirt und Landwirt zu halten und nach einer hoffentlich erfolgreichen Evaluierung in fünf Jahren, den Standort auch in Zukunft zu sichern. Von Interesse sei der Standort vor allem auf Grund der zunehmenden Technisierung der Landwirtschaft. Damit die Evaluation erfolgreich verlaufe, müsse man investieren. Nur wenn es gelinge, die Bedingungen für die Schüler*innen zu verbessern und die Attraktivität der Berufsschulzentren der genannten Ausbildungsberufe zu steigern, könne sich das Berufsschulzentrum in den neu kompetenzorientierten Berufsschulnetzen behaupten. Dresden sei auf die Unterstützung von Landesebene angewiesen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung (Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen) mit 59 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus das Einvernehmen der Landeshauptstadt Dresden zum Entwurf des Teilschulnetzplanes für die berufsbildenden Schulen im Freistaat Sachsen mit der folgenden Maßgabe zu erteilen:
2. Die Neueinrichtung der Schulart „Berufliches Gymnasium“ am Beruflichen Schulzentrum (BSZ) für Wirtschaft „Franz Ludwig Gehe“ wird im Teilschulnetzplan aufgenommen.
3. Außerdem ist für den Ausbildungsberuf Elektroniker, Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik, der Einzugsbereich Dresden auch dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (BSZ Pirna) zuzuordnen.
4. Im Entwurf zur Anhörung des Teilschulnetzplanes ist auf eine Korrektur des Begriffes „Bildungsgang Staatlich geprüfter Techniker für Metalltechnik“ (u.a. Seite 308 und 318) hinzuwirken, da es sich hierbei um die Fachschule für Maschinentechnik und den Staatlich geprüften Techniker für Maschinenbau handelt.

5. Der Bildungsgang Staatlich geprüfter Techniker für Maschinentechnik soll bis auf weiteres am BSZ für Elektrotechnik Dresden verbleiben. Im Zuge der aktuellen Standorterörterung bzgl. Sanierung, Erweiterung, Neubau von Schulgebäuden für die Berufsschulzentren in Dresden ist diese Entscheidung zu evaluieren, die Schulleitung des BSZ für Technik anzuhören und ggf. zugunsten einer Verlagerung an das BSZ für Technik zu revidieren.
6. Die Bitte der Sächsischen Landestierärztekammer, die Ausbildung zur/zum Tiermedizinischen Fachangestellten am BSZ für Gesundheit und Sozialwesen neu einzurichten, wird von der Landeshauptstadt Dresden ausdrücklich unterstützt.
7. Die Beschulung der möglichen Schüler*innen, die aus anderen Bundesländern ihre Ausbildung zum/zur Fachinformatiker/in in Sachsen absolvieren wollen, soll weiter am BSZ für Elektrotechnik Dresden ermöglicht werden.
8. Die Beschulung der möglichen Schüler*innen, die aus anderen Bundesländern ihre Ausbildung zum/zur Tier- oder Landwirt/in in Sachsen absolvieren wollen, soll weiter am BSZ Agrarwirtschaft und Ernährung ermöglicht werden.
9. Die Fachoberschule Gestaltung verbleibt bis auf weiteres am BSZ Dienstleistung, Gestaltung und Sozialwesen. Die Entscheidung über die Verlagerung an das BSZ Bau und Technik soll anhand der Entwicklung der Schüler*innenzahlen im März erneut vorgelegt werden.
10. Mit diesen Maßgaben stimmt der Stadtrat den in dem Dialogprozess erzielten Kompromissen zu. Sollten im Anhörungsprozess Dresden betreffende Änderungen erfolgen, sind diese dem Stadtrat erneut vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung
Ja 59 Nein 0 Enthaltung 9

7 Kommunale Kulturförderung – Projektförderung 2021

**V0649/20
beschließend**

Herr Oberbürgermeister Hilbert erläutert, dass die Tagesordnungspunkte 7 und 8 zusammen behandelt werden. Für TOP 8 liegt ein Ergänzungsantrag der AfD-Fraktion vor, der zunächst eingebracht werden könne.

Herr Stadtrat Hase zeigt seine Befangenheit an und nimmt weder an den Beratungen noch an der Abstimmung teil.

Herr Stadtrat Rentzsch bringt den Ergänzungsantrag der AfD-Fraktion ein, dabei kritisiert er wie kurzfristig die Vorlage dem federführenden Ausschuss vorgestellt wurde und den Mitgliedern dadurch zu wenig Zeit der Prüfung zur Verfügung stand. Wichtig sei eine frühzeitige Planungssicherheit für die Zuwendungsempfänger, größtmögliche Transparenz und eine Beteiligung aller Akteure.

Herr Stadtrat Hecht erläutert die übliche Vorgehensweise der Entscheidung der kommunalen Kulturförderung, welche bisher im Ausschuss für Kultur und Tourismus Ende des Jahres beschlossen wurde. Grund für den Beschluss im alten Jahr sei die Planungsfähigkeit für die Kulturschaffenden. Die Hebung in den Stadtrat werde nichts an der inhaltlichen Entscheidung ändern und stelle aus seiner Sicht eine Schikane des rechten Blockes dar.

Frau Stadträtin Dagen berichtet, dass in der Sondersitzung des Ausschusses für Kultur und Tourismus am 21.12.2020 eine Vielzahl der im Haushalt beschlossenen Kürzungen zurückgenommen werden sollten. Eine Hebung in den Stadtrat sei aufgrund der Transparenz und hinsichtlich der Situation im Haushalt 2021/2022 notwendig gewesen. Des Weiteren geht sie auf ein Informationsschreiben von Herrn Bürgermeister Dr. Lames zur vorläufigen Haushaltsplanung und dem Umgang mit Pflichtaufgaben ein. Aus ihrer Sicht sei die Kulturförderung keine harte Pflichtaufgabe, sondern eine Unbestimmte eine Bereitstellung von Mitteln daher in Anbetracht der fehlenden Einnahmen der Stadt nicht zielführend. Sie beantragt für beide Tagesordnungspunkte die Verwaltungsvorlage als Beschlussgrundlage zu nutzen.

Frau Stadträtin Filius-Jehne betont, dass der Geschäftsbereich Kultur ebenfalls Kürzungen hinnehmen musste. Im federführenden Ausschuss habe die AfD-Fraktion sowie die Fraktion Freie Wähler keine Änderungen vorgebracht. Sie schließt sich den Aussagen von Herrn Stadtrat Hecht an, dass in der Facharbeitsgruppe ausführlich über die kommunale Kulturförderung und die Verteilung der Mittel vorm beschließenden Ausschuss für Kultur und Tourismus debattiert werde. Eine Transparenz sei damit immer gegeben. Die Hebung habe nunmehr über 5 Mio. EUR für die Förderung von kulturellen Vereinen und Projekten blockiert. Vereine, die ohnehin durch die Corona-Pandemie stark betroffen seien.

Frau Stadträtin Nikolov erklärt, dass es der CDU-Fraktion in Anbetracht der Corona-Pandemie sehr wichtig war, die institutionelle Förderung für 2021 in der Sitzung am 21.12.2020 zu beschließen. Man müsse ein Zeichen für die Kulturschaffenden setzen und hoffe daher auf eine breite Zustimmung.

Herr Stadtrat Braun geht darauf ein, dass die Fördermittel durch Einnahmen der Stadt finanziert werden müssen und somit durch Steuerzahler*innen mitgetragen werden. In Zeiten der Krisen sei nicht nur die Kulturszene sondern auch die Wirtschaft sehr stark betroffen. Natürlich sei die Kultur ein großer Faktor für eine lebenswerte Stadt aber die Entscheidung der Ausgabe von finanziellen Mittel sollte im Kontext der gesamtstädtischen Finanzierung stehen.

Herr Stadtrat Rentzsch stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf namentlich Abstimmung des federführenden Ausschussberichtes.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Geschäftsordnungsantrag von Frau Stadträtin Dagen, die Verwaltungsvorlage als Beschlussgrundlage zu nutzen, mehrheitlich ab.

Der Stadtrat lehnt den Antrag auf namentliche Abstimmung mehrheitlich ab.

Nach der Abstimmung beantragt Herr Stadtrat Rentzsch eine namentliche Abstimmung aufgrund von Unklarheiten im Abstimmungsverhalten.

Es erfolgt eine namentliche Abstimmung zum federführenden Ausschussbericht des Ausschusses für Kultur und Tourismus:

Ahnert	Ja
Apel	Ja
Aschenbach	Ja
Barkow	Ja
Bischoffberger	Ja
Blödner	Ja
Böhm	Ja
Braun	Ent.
Brauns	Ja
Breuer	Nein
Caspary	Ja
Colditz	Ja
Dagen	Nein
Deppe	Ja
Dietze	Ja
Drews	Ja
Engel	Ja
Filius-Jehne	Ja
Fischer	Ja
Flemming	Ja
Froh Wieser	Ja
Gaitzsch	-----
Genschmar	Nein
Gilke	Enthaltung
Göhler	Ja
Graul	Ja
Hannig	Nein
Hanser	Ja
Hase	Befangen
Hecht	Ja
Holowenko	Ja
Kaden	Ja
Kaniewski	Ja
Kießling	Ja
Krause	Ja
Krüger	

Ladzinski	Ent.
Lentz	Ja
Lichdi	Ja
Lommel	Enth.
Löser	Ja
Malorny	Ja
Marschner	Enth.
Matthis	Ja
Mühle	Ja
Müller	Ent.
Nikolov	Ja
Nitzsche	Nein
Osiander	Ja
Pinkert	Ent.
Rentzsch	Enth.
Scharnetzky	Ja
Schewe	Ja
Schlick	Ja
Schmelich	Ja
Schmidt	Ja
Schollbach	Ja
Schöps	Enth.
Schulte-Wissermann	Ja
Schulze	Ja
Siebeneicher	Ja
Sturm	Ja
Vetterlein	Enth.
Vogel	Ja
Wagner	Ja
Walter	Ja
Wendt	Ja
Wiedemann	Enth.
Wirtz	Ja
Zastrow	Ja
Hilbert	Ja

Der Stadttag stimmt dem federführenden Ausschussbericht mit 53 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt für das Jahr 2021 die Gewährung einer Projektförderung in Höhe der im Einzelnen vorgeschlagenen Fördersummen an die Zuwendungsempfänger gemäß der Anlage zur Vorlage i. H. v. 447.438 EUR mit folgenden Änderungen:

Lfd.-Nr.	Antragsteller	Förderbereich	Erhöhung/Reduzierung um
3	Thomas Bachler	Bildende Kunst	+ 800
16	Kunstverein Dresden e.V.	Bildende Kunst	+ 2.000
24	Nadina Bubenicek Cojocar	Darstellende Kunst	+ 3.500
43	Theaterkollektiv Quadriga	Darstellende Kunst	+ 2.000
44	Jakub Gawlik	Darstellende Kunst	+ 6.000
45	Mimenstudio Dresden e.V.	Darstellende Kunst	+ 2.000
50	TheaterRuine St. Pauli e.V.	Darstellende Kunst	- 5.000
55	Elbhangfest e.V.	Dresdner Jahreszeiten	-15.000
58	Harriet und Peter Meining mauser-Film	Film/Medien	+ 2.500
83	kult-ur-art Kunstverein zu Bärenstein e.V.	Kulturelle Bildung	+ 1.000
95	Elisabeth Jaspersen (Leseclubfestival Dresden)	Literatur	+ 3.500
100	Brigitte Schubert-Oustry (Literaturpreis „Hommage a la France“)	Literatur	+ 1.000
101	Freunde und Förderer der Komponistenklasse Dresden e.V.	Musik	+ 500
110	Dresdner Drumfestival e.V.	Musik	+ 4.500
127	KlubNetzDresden e.V.	Musik	+ 1.300
133	Duo Stock-Wettin	Musik	+ 800

Die Beschlussfassung erfolgt unter dem Vorbehalt der Bestätigung der durch den Stadtrat beschlossenen Haushaltssatzung 2021/2022 durch die Landesdirektion Sachsen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 53 Nein 4 Enthaltung 12

8 Kommunale Kulturförderung - institutionelle Förderung 2021**V0562/20
beschließend**

Ahnert	Ja
Apel	Ja
Aschenbach	Ja
Barkow	Ja
Bischoffberger	Ja
Blödner	Ja
Böhm	Ja
Braun	Ent.
Brauns	Ja
Breuer	Ent.
Caspary	Ja
Colditz	Ja
Dagen	Nein
Deppe	Ja
Dietze	Ja
Drews	Ja
Engel	Ja
Filius-Jehne	Ja
Fischer	Ja
Flemming	Ja
Froh Wieser	Ja
Gaitzsch	----
Genschmar	Ent.
Gilke	Ent.
Göhler	Ja
Graul	Ja
Hannig	Nein
Hanser	Ja
Hase	Ja
Hecht	Ja
Holowenko	Ja
Kaden	Ja
Kaniewski	Ja
Kießling	Ja
Krause	Ja
Krüger	Ja

Ladzinski	Ent.
Lentz	Ja
Lichdi	Ja
Lommel	Ent.
Löser	Ja
Malorny	Ja
Marschner	Ent.
Matthis	Ja
Mühle	Ja
Müller	Ent.
Nikolov	Ja
Nitzsche	Nein
Osiander	Ja
Pinkert	Ent.
Rentzsch	Ent.
Scharnetzky	Ja
Schewe	Ja
Schlick	Ja
Schmelich	Ja
Schmidt	Ja
Schollbach	Ja
Schöps	Ent.
Schulte-Wissermann	Ja
Schulze	Ja
Siebeneicher	Ja
Sturm	Ja
Vetterlein	Ent
Vogel	Ja
Wagner	Ja
Walter	Ja
Wendt	Ja
Wiedemann	Ent.
Wirtz	Ja
Zastrow	Ja
Hilbert	Ja

Der Stadtrat stimmt dem federführenden Ausschussbericht mit 53 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Gewährung einer institutionellen Förderung 2021 in Höhe der im Einzelnen vorgeschlagenen Fördersummen an die Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger gemäß der Anlage zur Beschlussausfertigung i. H. v. 4.816.100 EUR mit den darin aufgeführten Änderungen.
2. Die Beschlussfassung erfolgt unter dem Vorbehalt der Bestätigung der durch den Stadtrat beschlossenen Haushaltssatzung 2021/2022 durch die Landesdirektion Sachsen.
3. Die in der Anlage 1 zur Vorlage gekennzeichneten Anträge auf mehrjährige institutionelle Förderung werden abgelehnt.
4. Die institutionelle Förderung für den Theaterruine St. Pauli e. V. i. H. v. 10.000 Euro kann entsprechend der Ausschreibung und der Juryentscheidung zum Betrieb der St Pauli Kirchruiene auf dem Weg eines Zuwendungs-/Betreiberungsvertrages zwischen der Landeshauptstadt Dresden und dem Verein ausgereicht werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
 Ja 53 Nein 3 Enthaltung 13

9 Sachsenbad: Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Keine Beschlussfassung ohne Empfehlung des Bürgerforums. A0160/20 beschließend

Beschluss:

Vertagung durch Einreicher

10 Einrichtung eines zeitweiligen Corona-Ausschuss A0165/20 beschließend

Herr Stadtrat Kaniewski stellt den Ersetzungsantrag einer Gruppe von Stadträten vor. Er macht deutlich, dass dieser zeitweilige Corona-Ausschuss ein Angebot sei, um noch besser miteinander kommunizieren zu können. Seitens der Stadtverwaltung nehme er ein größeres entgegenkommen wahr, dies sehe man anhand des Tagesbriefes des Oberbürgermeisters. Er erklärt, dass dieser Ausschuss keine Änderungen an den Vorgaben des Bundes oder des Landes vornehmen werde. Dies sei keinesfalls die Intention dieses Antrages. Für die Einbringung des Ersetzungsantrages der CDU-Fraktion bedankt er sich, es sei die einzige Rückmeldung einer Fraktion welche man erhalten habe.

Herr Stadtrat Malorny erklärt, man suggeriere mit dem vorliegenden Antrag den Bürger*innen, durch eine AG Corona könne man mit den Entscheidungsträgern sprechen und habe Einfluss auf Verwaltungsakte. Damit schaffe man Erwartungshaltungen, die kommunal nicht erfüllbar seien und welche die Frustration nachhaltig steigern. Er erläutert noch einmal detailliert die einzelnen Beschlusspunkte des Antrages.

Herr Stadtrat Genschmar erklärt, dass man als Fraktion Freie Wähler dem Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion folgen werde. Er macht deutlich, dass man im Ältestenrat wöchentlich sowie im Ausschuss für Gesundheit (Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dresden) regelmäßig über die aktuelle Situation informiert werde.

Herr Stadtrat Dr. Deppe begründet die Notwendigkeit einer Corona Arbeitsgruppe. Man habe im Verwaltungshandeln in der Vergangenheit nicht alles richtig gemacht. Mit einem solchen Gremium könne man verschiedene Belange des Verwaltungshandelns besser machen, deshalb sei es wichtig und richtig eine solche Arbeitsgruppe zu gründen. Er bittet um Zustimmung zum vorliegenden Ersetzungsantrag einer Gruppe von Stadträten. Dem Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion könne man nicht zustimmen.

Frau Stadträtin Walter ist der Meinung, dass bereits umfassend über das Pandemiegeschehen informiert werde und erläutert die Informationskanäle. Oberstes Ziel sei es, dass die negativen Folgen für das wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Leben für die Bürger*innen schnellstmöglich bewältigt werden können. Es sei die Aufgabe aller Mitglieder des Stadtrates sich in den Dienst dieses Ziels zu stellen. Die CDU-Fraktion bekräftigt mit dem vorliegenden Ersetzungsantrag das Anliegen der umfangreichen Information im Ausschuss für Gesundheit (Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dresden) und in den Fachausschüssen und bittet um Zustimmung.

Herr Stadtrat Gilke erklärt sein Unverständnis darüber, dass man in der Zeit der Kontaktreduzierung eine neue Arbeitsgruppe gründen wolle. Dies gehe seiner Meinung nach klar am Ziel vorbei. Er geht ebenfalls detailliert auf die einzelnen Punkte des vorliegenden Antrages ein. Er teilt mit, dass die AfD-Fraktion dem Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion zustimmen werde.

Herr Stadtrat Matthis fordert ein pandemiegerechtes Verhalten aller Mitglieder des Stadtrates. Er spricht die Gremiensitzungen an, welche ggf. per Videokonferenz stattfinden sollten. Er geht auf die konkreten Vorschläge, welche aus dem Antrag hervorgehen, ein. Der Ursprungsantrag sei akzeptabel, die Änderungs- und Ersetzungsanträge halte er jedoch für wenig sinnvoll. Dieser habe auch in den Fachausschüssen eine breite Zustimmung erhalten. Die Fraktion DIE LINKE werde dem Ursprungsantrag zustimmen.

Frau Stadträtin Frohwieser kritisiert die Art und Weise wie sich die Stadträt*innen bei diesem Thema äußern. Sie geht auf die Aussagen ihrer Vorrednerin Frau Stadträtin Walter ein und betont, dass man gemeinsam aus dieser Krise kommen müsse.

Herr Stadtrat Krüger stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Herr Stadtrat Aschenbach hält die Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Geschäftsordnungsantrag mehrheitlich ab.

Herr Stadtrat Aschenbach kritisiert die Verfahrensweise, welche man seit Beginn der Corona-Krise ausübe. Er begründet seine Kritik ausführlich.

Frau Stadträtin Filius-Jehne geht auf das Thema digitale Sitzungen ein. Sie erklärt, dass diese Thematik bereits im Ältestenrat wöchentlich angesprochen werde. Sie schließt sich dem Wunsch von Herrn Stadtrat Matthis, mehr digitale Sitzungen durchzuführen, an.

Herr Stadtrat Lommel teilt sein Unverständnis darüber, einen solchen Ausschuss einzuberufen.

Herr Stadtrat Hannig übt starke Kritik am Umgangston, welcher bei dieser Debatte unter den Stadträt*innen herrsche. Er fordert die Abstimmung zum Antrag und sachliche Diskussionen in der Zukunft.

Wie in dieser Debatte diskutiert werde könne **Herr Stadtrat Schmelich** nicht nachvollziehen, es fehle an Ernsthaftigkeit. Weiterhin teilt er die Auffassung, dass man die Anliegen des Stadtrates ernster nehmen müsse.

Herr Stadtrat Kaniewski geht auf die inhaltlichen Aussagen seiner Vorredner*innen ein. Zum Abschluss teilt er mit, dass es fragwürdig sei den Stadträt*innen die Ernsthaftigkeit bei solch einem Thema abzusprechen.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Ersetzungsantrag der Gruppe von Stadträten mit 25 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat lehnt den Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion mit 33 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat lehnt den federführenden Bericht des Ausschusses für Gesundheit (Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dresden) mit 34 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat lehnt den Ursprungsantrag mit 34 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen ab.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 34 Nein 35 Enthaltung 0

Dirk Hilbert

Manuela Gertig
Gruppenleiterin

Ulrike Caspary
Stadträtin

Matthias Dietze
Stadtrat